

# Demokratische Post

1919-1920  
3187-19101030

Erscheint 2-mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonntag.

Geschäftsstelle: zeitweilig geschlossen  
(f. Mitteilung „Von der Redaktion“ in Nr. 80.)

Bezugspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 225 Hbl. für 1 Mt. Anzeigen: die 3-mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten Seite 20 Hbl., auf der 4. Seite 15 Hbl. Traueranzeige 800 Hbl.

Nr. 87.

Ziflis, Sonntag, den 12. Dezember 1920.

12. Jahrgang.

## Zur außenpolitischen Lage Georgiens.

Am 5. d. Mts. hat der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten Georgiens E. P. Begetschori, der bekanntlich noch im Auslande weilte, eine Unterredung mit Viviani, dem Delegierten Frankreichs in der Völkerliga, betreffend die Aufnahme Georgiens in letztere gehabt. Hierbei hat Viviani versprochen, auf der nächsten Sitzung der Völkerliga das Gesuch Georgiens zu vertreten. Diese Zusage hat infolgedessen eine große Bedeutung für Georgien, als nach dem Statut der Völkerliga Staaten, welche noch nicht Mitglieder derselben sind, der Möglichkeit beraubt sind, ihr Gesuch um Aufnahme in die Völkerliga unmittelbar zu vertreten. Es bedarf hierzu der Fürsprache eines älteren Mitglieds, das somit die Rolle eines „Advocaten“ des abwesenden Staates übernimmt. Der Unterredung wohnte der Sozialist Renodel bei, der, wie erinnerlich, unlängst im Besande der europäischen Sozialisten-Delegation Georgien besucht hat. Er trat auf nachdrückliche für das Recht der Neutralität an Anerkennung ihrer Unabhängigkeit ein und bewies energisch die Notwendigkeit der Zulassung Georgiens zur Völkerliga.

In der Sitzung der georgischen Grundgesetzgebenden Versammlung vom 7. d. Mts. gab der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Lordkjanidse (f. „Zur innerpol. Lage Georgiens“), eine Erklärung über die gegenwärtige außenpolitische Lage Georgiens ab. Er beleuchtete zunächst die Batumer Angelegenheit und wies hierbei, unter Berufung des bekannten Notenwechsels zwischen der georgischen und der Sowjetrussischen Regierung betreffs der von letzterer behaupteten Gefahr einer Besitzergreifung-Batums durch die Engländer, die völlige Grundlosigkeit einer solchen Behauptung in der auch von uns bereits wiederergegebenen Auffassung der georgischen Regierung nach. Die Beziehungen zu „nationalen“ Türken (Angora, Mustafa-Kemal-Pascha) bezeichnete er als durchaus befriedigende. Die Angorauer Regierung habe der georg. Regierung den Vorschlag gemacht, mit ihr über eine friedliche Verhandlung hinsichtlich des gegenseitigen Verhältnisses in Unterhandlung zu treten. Die georg. Regierung habe diesen Antrag mit Freuden begrüßt und eine dementsprechende Antwort erteilt. Die beiderseitigen Bevollmächtigten würden gewiss in Balde zusammentreffen, und da zu hoffen sei, daß die Angorauer Regierung die Souveränität Georgiens in den Grenzen, die letzteres zurzeit inne hat, anerkennt, so dürfte die Verhandlung rasch und leicht zu erledigen sein. Die politische Umwälzung in Armenien könne keinen Einfluß auf die Entschlossenheit der georg. Regierung haben, sich unter keinen Umständen in fremde innere Angelegenheiten einzumischen und allen Nachbarn gegenüber loyal und wohlgesinnt zu sein. Alle Verträge, welche Georgien mit Armenien abgeschlossen, wurden selbstverständlich von Georgien Seite aufrecht erhalten werden. Wenn die neue armenische Regierung weitere derartige freundschaftliche Abmachungen mit Georgien zu treffen geneigt sein würde, so könnte die georg. Regierung sich darüber nur freuen. Das sei die außenpol. Lage Georgiens; die an und für sich nicht besorgniserregend sei. Aber für alle Fälle habe die Regierung die erforderlichen Maßnahmen zur Sicherung des Landes gegen etwaige Überraschungen getroffen.

## Zur innerpolitischen Lage Georgiens.

V<sup>o</sup>.

Es wurde in den letzten Wochen viel von einer Kabinettskrisis geredet. Man munkelte von wesentlichen Veränderungen im Besande der Regierung. Ein Koalitionsministerium, so hieß es, sei in der Bildung begriffen, mit anderen Worten, die Hinzuziehung von Vertretern benachteiligter Parteien, die bisher nicht im Kabinett anzutreffen waren, wäre in Aussicht genommen. Als Erklärung für diese überraschende Nachgiebigkeit der allein herrschenden sozialdemokratischen Partei diene den meisten die katastrophale wirtschaftliche Lage des Landes mit ihren zu befürchtenden Folgen, wie sie die Not gewöhnlich zeitigt. Um ihnen zu begegnen, sei es unerlässlich, daß alle Schichten der Bevölkerung, zu welchen politischen Gruppen (Parteien) sie auch zählen mögen, an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnahmen. Denn nur so würden die zu treffenden Maßnahmen zur Beseitigung des allgemeinen Elends auf das erforderliche Verhältniß der gesamten Bürgerschaft eingestuft werden können. Anders mutmaßten, daß die Anwesenheit Georgiens de jure von der Entente an die Bedingung geknüpft worden sei, daß an die Stelle des sozialistischen Programms der leitenden Kreise ein gemäßigteres, bürgerliches gesetzt würde, weil dieses der Auffassung von politischen Gaunanten, wie sie bei den Völkern des Ostens fast ausschließlich gilt, mehr entspreche als jenes, auf das die Probe noch nicht gemacht sei. Auch die Kreditübernahme des Auslandes wurde in den Erwägungen zur vermeintlichen Kabinettskrisis mit einer solchen Bedingung in Zusammenhang gebracht. All diesem Gerücht habe die Erklärung des Ministerpräsidenten Lordkjanidse, welche er in der Grundgesetzgebenden Versammlung am 3. d. Mts. abgegeben hat, ein Ende bereitet. Nach ihr erweist es sich, daß in dem Besande der Regierung bloß einige unwesentliche Veränderungen stattgefunden haben. Das Ministerium der Volksaufklärung, welches zeitweilig mit dem Ministerium des Innern verbunden war, ist wieder ein selbständiges Ministerium geworden. Das sei geschehen, weil beabzichtigt werde, die Tätigkeit dieses Ressorts zu erweitern. Ihm sollen fortan alle kulturell-aufklärerischen Anstalten und Einrichtungen unterstellt sein, desgleichen die Kunst und die Religion. Die übrigen Ministerien bleiben unverändert bestehen. Zum Minister der Volksaufklärung ist vom Ministerpräsidenten Grigorij Lordkjanidse berufen worden. Statt seiner ist Parmen Tschitschinadse zum Kriegsminister ernannt worden. An die Stelle von Gomeitzi, der den Posten des Landwirtschaftsministers aufgegeben hat, ist der bisherige Vorkämpfer des Ministerkreises David Dniajewski getreten. Ferner hat N. Sjordania es für notwendig befunden, sich einen bescheidenen Stellvertreter beizugeben, da die Staatsgeschäfte sich häufig vervielfältigten und er außerstande sei, sie allein zu erledigen. Als Kandidaten für diesen Posten habe er obengenannten Grigorij Lordkjanidse (Min. d. Volkswirtsch.) ins Auge gefaßt. Die Debatten zur Erklärung des Ministerpräsidenten wurden

\*) Abschnitte I—V f. Nr. 76, 79, 81, 88 und 89. — Die Schriftl.

auf eine Woche vertagt. Das wäre also das Wesen der Sache; was sich hinter ihm verbirgt, das entzieht sich natürlich der Beurteilung Fernstehender.

Die Grundgesetzgebende Versammlung hat sich endlich an die Durchsicht der von einem Sonderausschuß entworfenen Konstitution (Verfassung) Georgiens gemacht und ist damit zugleich an ihre eigentliche Aufgabe herangetreten. Bei dieser Gelegenheit hat nun N. Sjordania in längerer Rede zunächst den Begriff Konstitution näher beleuchtet und dann die „tatsächliche“ Konstitution Georgiens, das „Verhältnis der inneren Kräfte des Landes zueinander“, erörtert, die der zu schaffenden Konstitution zugrunde zu legen wäre. Seine Darstellung dieses Verhältnisses ist höchst interessant, und geben wir sie daher mit einigen Kürzungen hier wieder: „Beginnen wir von oben, vom Gipfel! Im Laufe der letzten 100 Jahre übte bei uns der russische Thron die Herrschaft aus, aber er hatte keine organische Verbindung mit unserem Volk, d. h. es war doch nicht unser nationaler Thron, aus der Rücksicht unseres Volkes hervorgegangen, und deshalb hat auch unser Volk, als es zusammenbrach, sich nicht um die Wiederherstellung der monarchischen Tradition (Herrschaftsform), die von diesem Thron geschaffen worden war, bemüht. Wir hatten unseren nationalen Thron, aber er ist vor 100 Jahren zusammengebrochen und hat auf das Volk nicht einen solchen Einfluß gehabt, daß es sich gemüßigt gefühlt hätte, ihn wiederanzurichten. Folglich gibt es bei uns nicht jene monarchische Tradition, jene gewisse Stimmung, wie sie in anderen Staaten gang und gäbe ist. Nehmen wir z. B. Griechenland. Der König, mit dem das griechische Volk erst gestern noch unzufrieden war, wird heute von ihm aufgefordert, wieder den Thron einzunehmen. Dieser Fall beweist, was für eine Bedeutung die organische Verbindung zwischen einem nationalen Throne und dem Volke an und für sich hat. Sodann muß ich bemerken, daß jener Teil der Gesellschaft, jener Stand, welcher der Monarchie eine gewisse Grundlage bietet, ihre Stütze, bei uns zu existieren ganz aufgehört hat und keinerlei soziale Größe darstellt, ich meine den Adel. Somit hätten bei uns monarchische Einschränkungen und folglich auch eine monarchische Konstitution bei keinem Teil unserer Gesellschaft einen Sinn. Wir kommen nun zur Bourgeoisie. Sie wissen, daß wir keine eigentliche Bourgeoisie haben. Freilich gibt es Ideologen (Schwärmer, Träumer), die sie vorstellen wollen, aber in Wirklichkeit gibt es bei uns eine derartige Klasse, die in sozialer Hinsicht fast jenseitig wäre, der Konstitution ihr Gepräge aufzudrücken, nicht. Unsere Gesellschaft besteht aus drei Klassen, die eine außerordentliche Bedeutung haben: 1) aus der zahlreichen kleinstädtischen Klasse, von der 90 Prozent benötigt sind, fremdes Land zu bearbeiten oder sich irgendeinen anderen Verdienst außer der Landwirtschaft zu suchen; 2) aus der zahlreichen städtischen kleinstädtischen Klasse, d. h. Kleinhandwerker, Handwerker, Beamten und sonstigen Leuten mit bescheidenem Einkommen; sie hat mit der Bourgeoisie nichts gemein; 3) aus der ebenfalls zahlreichen und bewußten Arbeiterklasse. Diese Klasse, welche längst schon an der Spitze unserer wirtschaftlichen Bewegung steht, hat unserer politischen Bewegung auch die Richtung gegeben, und ihr ist die fortschrittliche Dauernschaft sowie der größere Teil der städtischen Kleinrentiers anzuwinkeln. Auf diese Weise entstehen bei uns drei sehr zahlreichen Klassen unter dem Banner der Arbeiterklasse in ihren politischen Idealen vereint. Und so bilden sie die wesentlichen Verhandlungs-

unserer tatsächlichen Verfassung. Hatten wir auch bisher keine geschriebene Konstitution, so wissen Sie doch, daß wir eine politische Organisation haben, welche sich ganz und gar auf die Erziehung und die Wechselbeziehungen dieser drei Klassen stützt. Hieraus ergeben Sie, daß ausschlaggebende Bedeutung in unserem Leben diese drei Klassen haben, welche in allen Ländern und zu allen Zeiten streng demokratische Klassen waren. Und es ist somit klar, daß, wenn es bei uns keine monarchischen Traditionen gibt und die Monarchie keinen Boden hat, wir eine Republik haben müssen. Wenn aber, ferner, in dieser Republik ausschlaggebende Bedeutung die demokratischen Klassen haben, so ist es auch ohne weiteres einleuchtend, daß diese Republik eine demokratische sein muß. ... Indem diese aber politische Normen schafft, hat sie zugleich die Grundlagen sozialer Normen zu schaffen, und zwar durch allmähliche Erweiterung und Entwicklung unserer Wirtschaft. Unter solchen Voraussetzungen wird unsere politische und soziale Wiedergeburt gleichzeitig erfolgen. ... Das ist das Ziel, das sich unsere Konstitution stellen sollte. ...

Die allgemeine Arbeitspflicht für beschäftigungslose Personen im Alter von 20-45 Jahren ist trotz des Widerstrebens der Gewerkschaften (professionelle Verbände) und ungeachtet des Protestes selbst der sozialistischen Presse, wie „Vorjahr“ u. a., laut Befehl des Hauptstabes der Volksgarde vom 3. d. Mts., in Gemäßheit eines diesbezüglichen Beschlusses des Verteidigungsrates der Republik Georgien, eingeführt worden. Alle diejenigen, welche der Mobilisation auf Grund dieses Befehls unterliegen, haben sich in der Zeit vom 10.-13. d. Mts. in der hiesigen Kriegsschule, in der inneren Kaserne, registrieren zu lassen. Die Mobilisation erfolgt nach allen Regeln der militärischen Disziplin. Wer sich der Anmeldung entzieht und der Mobilisation nicht nachkommt, gilt als Deserteur und wird als solcher bestraft. Die Mobilisierten erhalten nur Verpflegung. Zur Organisation der Arbeitspflicht ist eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Mitgliedes des Hauptstabes der Volksgarde Sachar Guruli gewählt worden, welche alle näheren Anordnungen treffen wird. Die nämliche Kommission ist gehalten, die Arbeitspflicht in allen Teilen der Republik durchzuführen. Die Mobilisierten werden zur Verrichtung von Holz und anderen öffentlichen Arbeiten verwendet werden. Nach erledigter Arbeit werden sie wieder freigelassen und erhalten eine entsprechende Bezeichnung.

**Politische Nachrichten.**

Die Volksabstimmung in Griechenland betreffend die Bekrönung des Thrones ist in einem für die Rückkehr König Konstantins günstigen Sinne

**Für Herz und Gemüt.**

**Ueber ein Ständlein.**  
Von Paul Gerke.

Dulde, gedulde Dich sein!  
Ueber ein Ständlein  
Ist Deine Kammer voll Sonne.

Ueber den Firt, wo die Gloden hangen,  
Ist schon lange der Schein ergangen,  
Ging in Lärners Fenster ein.  
Wer am nächsten dem Sturm der Gloden,  
Einsam wohnt er, ist erkroden,  
Doch am frühestn tröstet ihn Sonnenschein.

Wer in tiefen Wassen gebaut,  
Nilt an Hüttlein leht sich fraut.  
Gloden habn ihn nie erfrüttelt,  
Wetterstrahl ihn nie umfittelt,  
Aber spät sein Morgen graut.

Höhe und Tiefe hat Luft und Leid,  
Sag ihm ab, den ibrigen Reid:  
Anderer Dram birgt ande Wonne.

Dulde, gedulde dich sein!  
Ueber ein Ständlein  
Ist Deine Kammer voll Sonne.

aufgefallen. Letzterer soll die Erklärung abgegeben haben, daß er die ententefreundliche Politik seines Vorgängers, des verstorbenen Königs Alexander, vollkommen billige u. dieselbe fortsetzen wolle. Trotzdem verharbt die Entente in der Ablehnung seiner Kandidatur. — Die Revision des Friedens von Sevres (Türkei) scheint auf der Londoner Konferenz (England, Frankreich und Italien) ebenfalls beschloffen zu sein. — Zwischen Mustafa-Kemal-Pascha und der vorigen armenischen Regierung soll Ende November ein für beide Teile annehmbarer Friede zustande gekommen sein, auf Grund dessen die russische Sowjet-Regierung der arm. Sowjet-Regierung beihilflich sein werde, gewisse Teile des sog. „Rottlich-Armenien“ für Sowjet-Armeen zu erwerben.

**Zu den Nationalratswahlen in Oesterreich.**

Die Nationalratswahlen haben den Christlich-Sozialen einen vollständigen Sieg gebracht. Staatssekretär Dr. Renner hat in einer Volksversammlung in Salzburg, bei Besprechung der politischen und wirtschaftlichen Lage Oesterreichs im Zusammenhang mit den damals noch bevorstehenden Nationalratswahlen, den Christlich-Sozialen vorgeworfen, daß sie in den großen Staatsfragen kein eigentliches Programm oder, richtiger gesagt, mehrere Programme hätten, und daß sie daher nicht die Eigenschaften einer wirklichen Staatspartei besäßen. Dagegen sei es in allen Fragen, in denen die Christlich-Sozialen zwispältig seien, die Christlich-Sozialen Partei zu einer einheitlichen Auffassung und Haltung durchzuführen. Ihre Auffassung sei die einer Staatspartei. Sie verichwäre die habguckigen Abenteuer, welche das bayrische Abenteuer ab, sei für eine vernünftige Ordnung der Beziehungen zwischen Staat und Ländern, habe den wirtschaftlichen Wiederaufbau ermöglicht und habe schon jetzt bei den Verhandlungen über die Befassung in den Kulturfragen zugunsten einer modernen Schule und der bürgerlichen Freiheitsrechte entschieden. Oesterreichische Sozialdemokratie habe niemals die Diktatur erstrebt, sie wolle wohl, daß sie, wenn überhaupt, nicht allein die Verantwortung zu tragen haben werde, und sie werde es begnügen, wenn das Bürgerium sich endlich auf seine historische Pflicht besinne. — Es bleibt nun abzuwarten, wie sich die Christlich-Sozialen als Leiter der Schicksale Oesterreichs betätigen werden und inwiefern die verneinende Beurteilung ihres politischen Wertes sich bemerkbar machen wird oder nicht. — Ein christlich-soziales Kabinett hat sich gebildet worden und hat die Führung der Geschäfte bereits übernommen.

**Agunda.**

Geschichte einer Osetin.  
(Nach dem Tagebuche eines georgischen Freundes).  
Von Artur Weis (Lilil).

(Schluß).

Sie machte jetzt andere Ansprüche an das Leben als früher, ein einfacher Vergnügen konnte ihr nicht mehr gefallen, und dann liebte sie mich ja. Das war wohl augenblicklich der fruchtige Grund. Die Liebe zehrte an ihr und machte sie krank, so krank, daß alle Rote von ihren schönen Wangen gewichen war.

Ihre Schönheit hatte aber gerade in jenen Tagen einen befruchtenden Reiz.

Wie werde ich einen Oktoberabend vergessen mit jenem bangen Zauber und jenem wehmütigen Glanz. Wir hatten unser Stübchen an Waldesrands von wo der Blick über das ganze Tal streifte.

Es ist, sanft und fremdbildig klang ihre Stimme, süß, sanft und freundlich strahlten auch ihre Augen, und wie sie so da stand, an einen Baum gelehnt, und die goldene Abendsonne ihre schlante Gestalt beschien, glaubte ich, niemals ein schöneres Weib gesehen zu haben.

Sie wiederholte mir zum zehnten Male, daß sie den jungen Oseten verabscheue, und dann fürzte sie weinend in meine Arme, und so standen wir, an den Baum gelehnt, bis es dunkle Nacht geworden war. Ein fast kalter Wind brauste wüßig durch die Wäpfer der Bäume und warf eine Menge vergilbter Blätter auf den Boden.

**Oesterreichs Finanzbericht.**

Die Ausgaben des laufenden Jahres beziffern sich auf 33,1 Milliarden Kronen gegen 16,5 Milliarden im Vorjahr. Die Einnahmen, welche 1919 7,2 Milliarden erbrachten, sollen in diesem Jahr auf 20,6 Milliarden erhöht werden. Das Budget weist somit ein ungedecktes Defizit von 12 Milliarden gegen 10,2 im Vorjahr auf. Das Aufkommen aus der Vermögensteuergabe wird auf 2,5 Milliarden geschätzt. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist außerordentlich unsicher. Während andere Länder bald nach dem Kriege mit dem Wiederaufbau ihrer Wirtschaft hatten beginnen können, sind in Oesterreich deren Grundlagen so zerstört, daß eine Wiederherstellung aus eigener Kraft unmöglich ist. Die Wiederaufrichtung von Industrie und Handel wird insbesondere noch durch den Mangel an Lebensmitteln erschwert. Die Ausgabe für den Bundesetat betrug von Juli 1919 bis Juli 1920 9,7 Millionen Tonne, die Einnahme mehr als 50 Millionen. Der Werterschub der Einfuhr ist auf etwa 125 Millionen Dollars zu veranschlagen.

**Die Finanzlage Frankreichs.**

Die schriftliche Darlegung der französischen Delegation auf der Brüsseler Konferenz betreffend die Finanzlage Frankreichs enthält folgende Einzelheiten: Vom 1. August 1914 bis 1. November 1918 (Ende des Krieges) hat Frankreich insgesamt rund 200 Milliarden Franken ausgegeben. Davon sind ausgetrafft worden durch Steuern 32, durch innere Anleihen 53,5, durch Auslandskredite 31,5, durch kurzfristige, Verbindlichkeiten 50, durch Vorkäufe der Banlen von Frankreich und Algerien 25 Milliarden. — Die Ausgaben des ordentlichen Etats (von heute) belaufen sich auf 21,7 Milliarden, worunter 11,6 Milliarden für den Zinsendienst der öffentlichen Schuld bestimmt sind. Sie finden in den Einnahmen volle Dedung. Die neuen Steuern sollen ca. 8 Milliarden bringen. Die Steuerleistung auf den Kopf der Bevölkerung erhöht sich dadurch von 129 im Jahre 1913 auf 574 Francs im Jahre 1920. — Außerordentliche Aufwendungen erfordert der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die Kosten dafür gehen zu Lasten Deutschlands. Frankreich glaubte jedoch nicht, auf den Eingang der deutschen Entschädigungszahlung warten zu dürfen, um das Werk der Wiederherstellung zu beginnen. Die dazu nötigen Mittel mußten durch Anleihen aufgebracht werden. Bis zum 31. Juli 1920 hat Frankreich für die zerstörten Gebiete rund 20 Milliarden aufgewandt. Heute leben 47 Prozent der zerstörten industriellen Anlagen wieder im Betrieb, von der verwüsteten landwirtschaftlichen Nutzfläche sind 66 Prozent wiederhergestellt und 50 Prozent wieder angebaut. Die Verhaltung Frankreichs ist durch diese Aufwendungen auf 235 Milliarden gestiegen.

Agunda erzitterte. Ich drückte sie fester an mich und führte sie bis an ihr Haus, wo ich Abschied von ihr nahm, ohne zu ahnen, daß ich sie nie mehr wiedersehen sollte.

Am nächsten Morgen war der Himmel mit Wolken bedeckt, auf den Bergen lag dichter Nebel und gegen Mittag begann ein kalter Herbstregen, der allmählich härter wurde. Alle Schönheit der Natur war jetzt geschwunden, und wie es drängen in Wald und Feld trüb und öde war, war es auch in meinem Gemüt. Nicht nur die Heiterkeit, sondern auch die Ruhe verließ mich, und mißgestimmt ging ich in meinem Zimmer auf und ab, ohne eine Beschäftigung finden zu können.

Ich dachte fortwährend an Agunda, und gegen Abend ließ ich mir joga mein Pferd füttern, legte meinen Radmantel um und ritt im irrenden Nagen in den Wald hinaus. Bald lehrte ich jedoch wieder um, denn je weiter ich kam, desto mehr überzeugte ich mich, daß Agunda bei diesem Wetter das Haus nicht verlassen konnte. Sie hatte es aber doch um dieselbe Stunde verlassen, sie war in den Wald gehoben, als der junge Osete noch stürmischer als bisher von ihrem Bruder das entscheidende Wort verlangte.

Erst nach Eintritt der Dunkelheit kam sie durchdringt nach Hause und konnte am nächsten Morgen nicht mehr aufstehen. Ein schwarzes Fieber hatte sie erfaßt, aber weder ihre Ruhne noch ihr Bruder hatten eine Ahnung von der Gefahr, die Agunda bedrohte.

Bei der Erglosigkeit, die solchen Leuten meistens



Itzu kam, die Arbeiter den zentralistischen Organisationsmaßnahmen in der Industrie einen psychischen und tatsächlichen Widerstand entgegenzusetzen, der für die Fanatiker der Planwirtschaft sehr reichlich sein könnte. Eine häufige Schwierigkeit der zentralen Leitung der Produktion, schreibt Barga, biliete das partikularistische Interesse der einzelnen Gebiete, weil bei dem allgemeinen Gütermangel jedes Territorium die dort erzeugten Güter für sich in Anspruch nehmen wollte. Wenn für die Verteilung von Materialien eine Dringlichkeitskala für alle Betriebe aufgestellt wurde, so kam es vor, daß proletarische Betriebsleiter ein Mehrfaches des Bedarfs anforderten, um ihre Betriebe nicht stilllegen zu müssen. Und auch wo die gleichartigen Betriebe schon fast an einem Orte zusammengefaßt waren, wo also die Konzentration der Produktion verhältnismäßig leicht durchzuführen gewesen wäre, machten die Arbeiter Schwierigkeiten: teils aus Faulheit, um keinen weiteren Arg zu Arbeitsstelle zu haben, teils aus Furcht, ihren alten Arbeitsplatz zu verlieren, wenn sich die Diktatur nicht hielte oder sie infolge der steigenden Ertragsigkeit der Arbeit in ihrem bisherigen Beruf überflüssig würden. Auch eine gewisse „Fabriklehre“ spielte hierbei eine Rolle. Als in Lubawka der Bau von eisernen Schleppläusen auf der einen Werkstätte aufgeschoben und in einer anderen konzentriert werden sollte, berieten sich die hiergegen Stellung nehmenden Arbeiter auf den Jahrzehnte alten guten Ruf „ihrer“ Werkstätte. Kindertransporten, meint Barga. Aber nicht doch Tiesere dahinter als bloße Philistrität? Erdrückende andere Schwierigkeiten kamen hinzu, zum Teil bedingt durch die Veränderungen des vorausgegangenen Krieges und der fortdauernden Blockade, zum anderen Teile aus der Sache selber stammend. Weitere Lockerung der Arbeitsdisziplin, weiteres Sinken der Arbeitsleistung, der Mangel an geschulten Leitern — „Spezialisten kann und muß der Proletariat haben, solange die egoistisch-habsüchtige Seelenverfassung besteht, ebenso gut bezähnen wie der Kapitalismus“ — vor allem der Mangel an Notwendigen. In interessanten Ausführungen legt Barga dar, daß am Anfang der Diktatur ein weiteres Sinken der Lebenshaltung für das städtische Proletariat unvermeidlich ist. Das Proletariat braucht zur Erhöhung seiner Lebenshaltung in erster Linie Lebensmittel und gewisse Konsumartikel. In der den verfügbaren Vorrat daran wird durch die Diktatur nicht vermehrt. Der Wohnungsnot wird herzlich wenig gekümmert, wenn man Bedürfnisse in die Häuser der bisherigen Besizer legt, mit Möbeln und sonstiger Ausattung geht es ebenso; und vor allem die Ernährung wird nicht besser, sondern schlechter: die proletarische Revolution bewirkt sofort eine vermehrte Naturalentlohnung der ländlichen Arbeiter, die damit die eigentlichen Nutznießer der proletarischen Revolution werden, und das bedeutet geringere Nahrungsmittelfürsorge nach der Stadt, selbst dann, wenn der Widerstand gegen die Lebensmittelversorgung für höchst zweckloses Papiergeld bei der ländlichen Bevölkerung nicht so verhängnisvoll anwächst, wie er es natürlich ist. Für das industrielle Proletariat ergibt sich vorerst nur eine moralische und kulturelle Standeserhöhung; die Differenzierung gegenüber den bestehenden städtischen Klassen verändert sich, wird durch erhöhte Nationen vielleicht sogar ins Gegenteil verkehrt, Theater und sonstige Genüsse können sozialisiert werden etc. In Bezug auf die Versorgung mit materiellen Gütern aber ist ein weiteres Sinken des Lebensniveaus in dieser ersten Periode der proletarischen Diktatur für die städtischen Massen unausweichlich und durch noch so hohe Geldlöhne, die bloß die Preise steigern, natürlich nicht abzuwehren. Und wo der bewusste revolutionäre Wille, wo die Opferbereitschaft fehlt, da sofort die Diktatur des Proletariats schon hieran — das ungarische Proletariat wachte sich von der Revolution ab, und die Rätediktatur brach zusammen.

### Verstand.)

Sequefter. — Wegen Beteiligung an dem Heberfall Gold-Verdachts auf Lettland und Unterstützung des Feindes wird auf Befehl des Innenministeriums vom 23. September s. des Eigentum Robert v. Bröderichs-Labraggen freigesprochen.

Besorgung der Landbewohner mit elektrischem Licht.

\*) Abschnitt I u. II j. Wdr. 81. d. 84. — D. Schriftl.

Wie der „Dr. Seme“ gemeldet wird, geht die Regierung an die Ausnutzung der Wasserkraft der Nigelmühle zur Erzeugung elektrischen Stromes, zu welchem Zweck die während der Dekkationszeit eingerichteten Stromerzeuger und Hydromaschinen instandgesetzt werden. Der Strom ist hauptsächlich für die Versorgung der Landbewohner mit elektrischem Licht und Kraft bestimmt. Aus den Kreisen, Fischen, verschiedenen Vereinen und Organisationen laufen in großer Anzahl Anfragen ein.

Für circa 3000 Lampen ist Strom bereits zugesagt, Gesuche liegen noch für ungefähr 4000 Lampen vor. Das elektrische Netz wird den ganzen Nigaischen Kreis umfassen, sowie einen Teil des Bauskyischen Kreises bis zur Eisenbahnlinie Kreusch-Mitar und bis zu den Stationen Neugut und Gdau. Auch Mähgraben und Segewald haben um Anschluss gebeten.

Güterrevisionen. — In der ersten Hälfte des August revidierten die Beamten des Landwirtschaftsministeriums die staatliche Landinspektion des Kasenpöthischen Kreises, die drei Rayons u. folgende Güter: Groß-Estern, Baimoden, Bahusen, Ambothen, Rabdangen, Rabden, Ngahen, Sübdau, Surs, Neuhof; Berlicden, Annenhof, Garaden, Ubrumen u. Lesten. \*\*) Auf Grund der Ergebnisse wurde ein Güterverwalter entlassen, ein Rayon- und ein Güterverwalter wurden vereist.

Drohender Beamtenstreik in Nigauer Stadtdamt. — Seit neun Monaten kämpfen die Beamten vergeblich um die Anerkennung ihrer Rechte. In unzähligen Eingaben und Entwürfen wurden die Wünsche der Beamten betreffend das Dienstreglement, die Klassifikation, die Alterszulage, die Altersversorgung, die Krankenkasse und andere Fragen dem Stadtdamt vorgelegt. Das Stadtdamt befugte mechanisch, das Material zur Bearbeitung der Arbeitsabteilung (Darbas nobala) zu übergeben, die unter sozialdemokratischer Leitung steht. In einer Versammlung von Arbeitervertretern und nur 1 oder 2 Vertretern der Beamten wurde dann über die Fragen debattiert und abgemittelt. Das Stadtdamt erhielt darauf den Bericht der Arbeiterabteilung, daß nach Rücksprache mit den Vertretern der „Angestellten“ eine Einigung erzielt sei, und versetzte dementsprechend. — Eine große allgemeine Beamtenversammlung sagte dann den einstimmigen Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, das Stadtdamt zu ersuchen, zur Kenntnis der Stadtdamtsversammlung zu bringen, daß die Beamtenchaft ihre Anerkennung als selbständige Gruppe unter den Angestellten fordert, die ihren Ausdruck in einem gesonderten Dienstreglement für die Beamten zu finden hat, und verlangt: Die Aufhebung der Bestimmung, welche den Beitritt zur Krankenkasse obligatorisch macht, weil die Verwaltung dieser Kasse in den Händen der Arbeiter liegt und von parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet wird, denen die große Mehrheit der Beamten nicht zustimmen kann. Diese Resolution wurde der Stadtdamtsversammlung nicht zur Kenntnis gebracht. Dagegen wurde ihr ein allgemeines Dienstreglement für alle Angestellten der Stadt zur Behätigung vorgelegt, welches die Bestimmung der obligatorischen Zugehörigkeit zur Krankenkasse noch einmal betrafte und keinen der gemachten Einwände und Vorschläge der Beamten auch nur in irgend einer Form berücksichtigte. Mit dem zustimmenden Beschluß der Stadtdamtsversammlung war der Beamtenchaft jede weitere Verhandlungsmöglichkeit genommen und der für die Beamten unpolitische Zustand zum Geses erhoben.

In einer eiligt zu diesem Zweck einberufenen Versammlung der Oberbeamten aller nicht sozialdemokratisch geleiteten Abteilungen wurde der Beschluß gefaßt, die Forderungen der Beamtenchaft dem Stadtdamt unter Streifandrohung nochmals zu unterbreiten und die gesamte Beamtenchaft aufzufordern, mit in den Aufstand zu treten, im Fall es dazu kommen sollte. Zur Rekrutierung und Lieberzeugung der Resolution wurden 5 Vertrauensmänner gewählt... Eine speziell zu diesem Zweck einberufene Delegierten-Versammlung, welche von den Beamten sämtliche Abteilungen und der beiden Beamten-Vereine befehligt war, stimmte für die aufgestellten Forderungen. Trotzdem sah sich das Stadtdamt nicht in der Lage, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen. Infolgedessen konnte die Stadtdamtsversammlung

\*) Zum größten Teil ruhende Privatgüter, welche auf Grund des sozialistischen Landgesetzes enteignet worden sind. — D. Schriftl. der „K. P.“

sammlung weder einen zustimmenden noch einen ablehnenden Beschluß fassen. — Nur der Widerspruch gegen ein so fragliches Mittel konnte die Beamten dazu bestimmen, von einem sofortigen Eintritt in den Streik abzusehen, und es wurde dem Vertrauensmännern überlassen, nach einer nochmaligen Rücksprache mit dem Stadtdamt, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Forderungen Stellung zu verschaffen. Die Forderungen sind ausschließlich rechtlicher Natur. Wird das Stadtdamt die Vertrauensmänner zur Aufgabe der Streikparole zwingen? Diese Frage steht heute noch offen.

„Ujehreta“. — Du fragst, lieber Leser, was das Wort „Ujehreta“ bedeutet? Ich will es nur gehen, es hat gar keinen Sinn. Es ist nicht mehr und nicht weniger als ein Druckfehler und muß in Wahrheit „Ujehreta“ heißen, was die „Besiegte“ bedeutet und den Titel eines gegenwärtig hier rollenden Filmstückes darstellt. Und ich will es gleich schon sagen, dieser Druckfehler ist wirklich begangen worden. Er befindet sich auf einem in der Druckerei der „Nigaischen Rundschau“ hergestellten Plakate, das in den ersten Tagen dieser Woche an den Straßenenden Nigais prangte. Du meinst nun, lieber Leser, das sei eine Privatangelegenheit und Du hättest schon von amfängernden Druckfehler gehört, die eine wirkliche Sinnentstellung mit sich brachten. Du befindest Dich auf dem Holzwege. Ein Druckfehler ist nicht ein privates Malheur der Druckerei, sondern er ist ein öffentliches Vergehen, ein Kriminalverbrechen. Gottlob aber, wir haben Diener des Gesetzes, die dazu berufen sind, solche Kriminalvergehen zu geübener Eiligkeit heranzuziehen. Kaum waren diese Plakate an den Straßenenden angeheftet, als ein Wächter der öffentlichen Ordnung (er ist hoffentlich schon zu einer dienstlichen Auszeichnung vorgeföhrt) konstatierte, daß hier eine Verleumdung der Staatsprache und damit des Staates vorläge. Letztlich war in Gefahr! Unvergänglich wurde eine der verbrecherischen Aufschriften abgerissen und dann ging man daran, die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Es erschiene in der Expedition der „Nigaischen Rundschau“ ein Vertreter der besonnenen Macht und eskortiert unseren Geschäftsführer zur Polizeiwache. Hier wird ihm das corpus delicti vorgelegt und die furchtbare Frage wird an ihn gestellt, ob er sich schuldig bekenne, dieses frechste Plakat gedruckt zu haben. Ein Protestoll wird eingenommen und man erkundigt sich genau nach dem Einkommen des Geschäftsführers, weil dieses für die Strafbestimmung nicht ohne Bedeutung sei. Und nun fassen wir zitternd und zaghastig, was für Repressivmaßnahmen auf unser schuldiges Handeln fallen sollen.

Ein Verpflegungsausschuss arbeitsunfähig. — In einer stützlig stattgefundenen Beratung der Vertreter des Handels- und Industrieministeriums, der Selbstverwaltungsinstitutionen und des Handels, in der über die Leistung gesprochen wurde, wurde, wie „Latw. Sarg“ berichtet, das Nigaische städtische Verpflegungsausschuss arbeitsunfähig erklärt. Gleich darauf fand eine Beratung von Vertretern der stützlichen Konsumvereine statt, die auch ihrerseits das Verpflegungsausschuss sowie die Vereinigung der Arbeiter-Konsumvereine für arbeitsunfähig erklärten.

### Aus dem deutigen Welt.

Tiflis.

Die Theatervorstellung in „Gruffinischen Klub“, veranstaltet am 19. November von Frau Spour-Lavrenow zu Gunsten des einung-lutherischen Siedenhauses, ergab eine Reineinnahme von 29 220 Abl. und spricht der Vorstand des So. luth. Frauenvereins hiermit Frau Lavrenow und allen übrigen Teilnehmern seinen wärmsten Dank aus.

Dankagung. — Von Herrn A. J. Meyer in D. Vorhof und Herrn W. Wulf als ihrem Beitrag zur Dekung der Unkosten der „Raut. Post“ 200 Abl. 500 mit bestem Dank erhalten zu haben, bekräftigt hiermit

1/4 des Zentral-Vorstands des Verbandes der trans. Deutschen G. Fried. dsk. Kampfbund.

Verantwortlich für die Redaktion des Red-Komitee.

Das Magazin der  
**Transkaukasischen Handels-Genossenschaft**  
 in TIFLIS, a. d. 19. Februar-Strasse 24  
 im Hause Hekeler, an dem Saal  
 offeriert der Kolonial- ein groß & ein detail, zu billigen Preisen nachstehende Waren: Mantelap, Manufaktur, Tee, Kaffee, Bohren, Wasch- u. Toilette-Seifen, Kochegehirre, Petroleumkercher, Tischmesser u. Gabeln, wasserdichte Regenmäntel, Sollenleder, Schusterwerkzeuge, Näh- u. Maschinen-Nadeln, Papier, Trockenkonten, Odeurs etc.  
 4-1